

NOTE DER DEUTSCHEN REGIERUNG AN DIE UNGARISCHE REGIERUNG (21. NOVEMBER 1938)

Im Auftrage meiner Regierung habe ich die Ehre, Euerer Exzellenz folgende Mitteilung zu machen:

Die Deutsche Regierung hat durch die Italienische Regierung Kenntnis von der ungarischen Mitteilung erhalten, in der die Königlich Ungarische Regierung der Italienischen Regierung ihre Absicht anzeigt, am Sonntag, den 20. November militärische Operationen zu Besetzung der Karpatoukraine einzuleiten.

Diese Mitteilung an die Königlich Italienische Regierung steht in direktem Gegensatz zu den von der Königlich Ungarischen Regierung der Reichsregierung gemachten Mitteilungen. Durch den Königlich Ungarischen Außenminister ist dem Gesandten v. Erdmannsdorff am 19. d. M. mitgeteilt worden, daß sie das Bestreben habe, gewaltsame Maßnahmen gegenüber der Karpatoukraine zu verhindern, darüber hinaus hat der Königlich Ungarische Gesandte noch am Freitag, den 18. d. M. im Auswärtigen Amt vorgesprochen und versichert, daß Ungarn keinerlei Maßnahmen ohne das Einverständnis der Deutschen Regierung ergreifen würde.

Ferner ist folgendes festzustellen:

Der Deutsche Gesandte hat am 19. November in einer Demarche der Königlich Ungarischen Regierung die Bedenken der Deutschen Regierung gegen eine Gewaltanwendung in der Karpatoukraine zum Ausdruck gebracht und darauf hingewiesen, daß falls ein solcher Einmarsch auf Widerstand stößt, was nach vorliegenden Nachrichten möglich sei, die Deutsche Regierung die Ungarische Regierung zur Zeit nicht militärisch würde unterstützen können. Er hat ferner darauf hingewiesen, daß die Deutsche Regierung aus diesen Gründen eine solche Aktion für inopportun halte.

Nach einer Mitteilung der Italienischen Regierung hat die Königlich Ungarische Regierung diesen Schritt mißverständlicherweise anscheinend so ausgelegt und der Italienischen Regierung dargelegt, als ob die Deutsche Regierung gegen eine solche jetzt vorzunehmende Gewaltanwendung an sich nichts einzuwenden habe, sondern lediglich gewisse Besorgnisse hinsichtlich der Lage Ungarns habe vorbringen wollen. Um jegliches Mißverständnis auszuschalten, beehrt sich die Deutsche Regierung nunmehr der Ungarische Regierung nochmals folgendes mitzuteilen:

1. In dem erst vor kurzem in Wien auf Bitten der Ungarischen und Tschechoslowakischen Regierung erfolgten Schiedsspruch ist durch die Deutsche und Italienische Regierung die Grenze zwischen Ungarn und der Karpatoukraine festgelegt worden. Ungarn hat ausdrücklich durch seine Unterschrift von Wien vor aller Welt diese Grenze als die endgültige Grenze anerkannt. Wenn nunmehr Ungarn gegen den karpatoukrainischen Teil der Tschechoslowakei mit Waffengewalt vorgeht, so kann die Königlich Ungarische Regierung hierdurch moralisch in eine schwierige Lage kommen.

2. Ein solches Vorgehen würde ferner zur Folge haben, daß der Wiener Schiedsspruch zum Schaden des Ansehens der beiden Schiedsrichtermächte entwertet wurde. Die Deutsche Regierung glaubt daher erwarten zu dürfen, daß Ungarn den Schiedsspruch einhält.

3. Es liegt nach den hier vorliegenden Nachrichten im Bereich der Möglichkeit, daß ein Einmarsch in die Karpatoukraine auf den bewaffneten Widerstand der tschechoslowakischen Armee stößt. Ungarn könnte dann, nach dem der Deutschen Regierung bekannten Kräfteverhältnis, zwischen beide Lager geraten. Die Deutsche Regierung wäre aber, wie schon erwähnt, zur Zeit nicht in der Lage, Ungarn in irgendeiner Form zu unterstützen.

4. Auch aus diesen Gründen weist die Deutsche Regierung erneut auf die ernstesten Bedenken hin, die sie glaubt, gegen einen solchen gewaltsamen Einmarsch in die Karpatoukraine geltend machen zu müssen, und stellt fest, daß etwaige unglückliche Folgen eines solchen Vorgehens Ungarn sich selbst zuzuschreiben hätte.

Genehmige Eure Exzellenz den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung:

Dr. O. von Erdmannsdorff

[Quelle: Allianz Hitler-Horthy-Mussolini. Dokumente zur ungarischen Außenpolitik (1933-1944), Budapest 1966, S.203-205.]